



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 20,- Mk. - Anzeigen: die dreigespaltene Zeitzeile 8,- Mk., Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 1,- Mk. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragene unter obigem Titel im Post-Zeitungsverzeichnis.

Für die Woche vom 18. bis 24. September 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 38 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Erhöhung der Ortsbeiträge.

Wärzburg. Für alle Mitglieder auf 2 Mt.
Kallerslautern. Ab 2. Oktober für alle Mitglieder auf 1 Mt.
Quedlinburg. Für alle Mitglieder auf 3 Mt.
Nürnberg-Fürth. Ab 37. Beitragswoche in allen Klassen auf 8 Mt.
Zwickau. Für männliche Mitglieder auf 3 Mt., für weibliche Mitglieder auf 1,50 Mt.
Der Verbandsvorstand gibt dazu die Genehmigung.
J. A. C. Pucher, 1. Vorsitzender.

Inser Verband im Jahre 1921

II.

Bei der Beurteilung der finanziellen Entwicklung des Verbandes wird man zuerst bei im Berichtsjahre in besonders großem Maße eingetretene Geldentwertung berücksichtigen müssen. Man wird sich daher nicht wundern, wenn der Kassierer in seinem Bericht sofort einleitend von der gesunkenen Finanzkraft spricht und davor warnt, die angegebenen Zahlen rein ziffernmäßig zu beurteilen. Es ist ja auch wirklich so. Wir rechnen wohl heute mit Millionen, die aber, mit den Worten des Kollegen Wobahl gesprochen, nicht mehr den Wert der Hunderttausende der Vorkriegszeit haben. Leider können die Gewerkschaften nicht, wie es Unternehmer und große Aktiengesellschaften tun, ihr Geld in feste Werte verwandeln, um so der Entwertung des Papiergeldes zu entgehen. Sie müssen das ganze Kapital fast jederzeit verfügbar im Geldschrank haben, und daher kommt es, daß ihr Vermögen heute in vier Wochen, ohne daß auch nur eine Mark davon genommen ist, sich bedeutend verringert hat. Dieser Zustand kann für die Gewerkschaften und natürlich auch für unseren Verband verhängnisvoll werden, wenn die Mitglieder nicht rechtzeitig Vorsorge treffen.

Um der Geldentwertung wirksam entgegenzutreten zu können, gibt es nur ein Mittel: die Beitragserhöhung. Im vergangenen Jahre sind vom Vorstand und Beirat mehrfach Beitragserhöhungen beschlossen worden; einen Ausgleich gegen den gesunkenen Geldwert haben sie nicht gebracht. Wollen wir hier erfolgreich arbeiten, so müssen wir die Beiträge auf den Stand der Vorkriegszeit bringen. Der Verbandskassierer weist in seinem Bericht nach, daß vor dem Kriege und auch noch während der Kriegsjahre das 1/2.- bis 2/3.-fache des Stundenlohnes als Beitrag bezahlt wurde. Im Jahre 1921 haben die Mitglieder kaum den vierten Teil dessen, was früher bezahlt wurde, aufgebracht. Trotzdem haben wir finanziell nicht ungünstig abgeschlossen. Das kommt daher, weil die Verbandskasse verhältnismäßig wenig an Unterstützungen auszugeben braucht.

Sehen wir uns zuerst einige Zahlen an, die die Einnahmen und Ausgaben des Verbandes und sein Vermögen betreffen. Den erhöhten Einnahmen stehen natürlich auch bedeutend erhöhte Ausgaben gegenüber. Die Einnahmen bezifferten sich auf 5 617 422,09 Mt., die Ausgaben betragen 3 202 557,27 Mt., so daß ein Ueberschuß von 2 324 865 Mt. verbleibt. Beiträge und Eintrittsgelder brachten den größten Teil des Geldes auf; nur 111 571,09 Mt. wurden für Zinsen, Inserate, Zeitungen, Druckkosten usw. eingenommen. Den Hauptteil an den Beitragsentnahmen hatte die 3-Mark-Klasse, die bis zum 4. Quartar höchste Beitragsstaffel. Der 4-Mark-Beitrag, der mit Beginn des letzten Vierteljahres erhoben wurde, kam noch nicht so zur Auswirkung, daß er das Gesamtbild wesentlich beeinflusst hätte.

Bei den Ausgaben für Unterstützungen nahm die Streckunterstützung die erste Stelle ein; ihr folgten die Kranken- und dann erst in welchem Abstand die Ar-

beitslosenunterstützung. Im ganzen wurden für Unterstützungen 720 821,17 Mt. verausgabt.

Streikunterstützung	338 730,62 Mt.
Krankenunterstützung	234 852,45 "
Arbeitslosenunterstützung	98 165,25 "

Der an der Gesamtunterstützungssumme fehlende Rest kam auf das Konto für Extrainterrstützungen, Gemäßregelte und Rechtschutz.

Aus den Ausgaben für Unterstützungen geht hervor, daß die Arbeitslosigkeit gegen das Jahr 1920 geringer war. Im Durchschnitt war jedes Mitglied im Jahre 4,5 Tage arbeitslos; im Jahre vorher wurden 8,4 Tage errechnet. Dafür war aber die Zahl der Kranken erheblich höher. An Streiks waren 3059 Mitglieder beteiligt, die 32 125 Tage zu fernern gezwungen waren. Die Unterstützung auf den Streiktag betrug 10,23 Mt.

Sehr hoch waren die Ausgaben für die Verwaltung. Eine Folge der Leterung. Druckkosten, Materialien, Gehälter usw. trugen zur Steigerung dieser Ausgaben wesentlich bei. Sämtliche Ausgaben verstellen sich folgendermaßen:

Unterstützungen	720 821,17 Mt.
Verwaltung (Gehälter, Prozente der Zahlstellen, Verbandsvorstand usw.)	1 576 618,10 "
Agitation, Zeitung, Druckkosten, Konferenzen, Steuern usw.	995 117,91 "

Man darf sich bei der Beurteilung der Ausgaben nicht von der Höhe der Ziffern leiten lassen. So hoch diese auch erscheinen, im Verhältnis zu den Einnahmen hat sich gegen die Vorjahre nicht viel geändert. Das zeigt folgende Uebersicht:

	1918	1918	1919	1920	1921
	Prozent der Beiträge				
Unterstützungen	48	28	15	18	18,1
Gehälter	15,8	18	13	19	19,4
Verwaltung	8,9	9	9,4	9,4	9,4
Zeitung	8,9	12	9	12,4	8,4
Agitation	2,2	2	3	2,5	2
Konferenzen und Sitzungen	1,1	8	0,7	0	2
Druckkosten	1	4	2,4	8	1,0
Beiträge an Körperschaften	1,5	1	0,6	0,5	2,0
Sonstiges	2,1	2	2,5	1,2	1,0

Das Vermögen der Verbandskasse bezifferte sich am 1. März 1922 auf 4 103 379 Mt. Für das Jahr vorher gab Kollege Wobahl das Verbandsvermögen mit 1 778 513,28 Mt. an. In den Zahlstellen war am Schlusse des 4. Vierteljahres 1921 ein Bestand von 967 959,10 Mt. vorhanden. Zur Beurteilung der Finanzkraft des Verbandes ist aber das Kopfsvermögen maßgebend. Auf jedes Mitglied entfällt ein Vermögensanteil von 96,46 Mt. Das Kopfsvermögen ist also um 51,54 Mt. gestiegen; es betrug für das Jahr vorher 44,92 Mt. Die Jahresleistung eines Mitgliedes stieg von 78,56 Mt. auf 128,37 Mt.

Der vorstehende Bericht über die finanzielle Tätigkeit des Verbandes, so sagt der Kassierer, beweist, daß wir zur Erfüllung unserer Aufgabe imstande waren und gleichzeitig die für unsere Ansprüche herstellenden Mittel erheblich vermehren konnten. Wir müssen aber stets eingedenk sein, daß die Realisierbarkeit dieser Mittel durch das Sinken des Marktwertes ständig beschränkt wird. Bei größeren und länger andauernden Lohnkämpfen kann es leicht vorkommen, daß die Mittel zur ausreichenden Unterstützung nicht zulangem; wir müssen daher, um für alle Fälle gewappnet zu sein, immer von neuem bestrebt sein, die Beiträge der Geldentwertung entsprechend zu gestalten. Die Grundlage dazu gibt uns die jetzt eingeführte Regelung, die für je 75 Mt. Lohn einen höheren Beitrag vorseht, nur dürfen wir uns dabei nicht an eine bestimmte Grenze binden. Auch die Einrichtung, als Unterstützung das Mehrfache des Betrages zu zahlen, bringt uns über manche Schwierigkeit hinweg und garantiert den Mitgliedern ein gerechtes, auf Leistung gestütztes Unterstützungssystem.

Den organisatorischen Erfolgen reibt sich also ebenso günstig das finanzielle Ergebnis im Jahre 1921 an. Zuletzt zeigt uns auch die Mitgliederbewegung ein erfreuliches Bild. Das Jahr 1920 beschloß der Verband mit 39 993 Mitgliedern. Im Berichtsjahre ging es weiter rüstig vorwärts. Wir konnten 1817 männliche und 4062 weibliche, zusammen 5879 Mitglieder dem Verbandsverband zuführen, so daß wir am Jahreschlusse 46 872 organisierte Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen im Verbandsverband zählten. Heute ist diese Zahl schon auf 50 500 angewachsen. Die Mitglieder verteilten sich auf 242 Zahlstellen; wir haben demnach 31 neue Orte gewonnen.

Von den Mitgliedern waren beschäftigt

in Buchdruckereien	33 518
in Steindruckereien	12 438
in Schriftgießereien	750
in anderen Branchen	166

Die Kolleginnen stellen die große Mehrheit im Verbandsverband. Es fehlen nur wenig Stimmen an der Zweidrittel-Majorität. Am Jahreschlusse zählten wir 31 149 Kolleginnen und 15 723 Kollegen. Das zahlenmäßige Uebergewicht der weiblichen Mitglieder prägt sich leider nicht bei der Mitarbeit in den Verwaltungen und Körperschaften aus.

Alles in allem genommen hat die Organisation im Berichtsjahre gute Fortschritte gemacht. Nirgendwo war ein Stillstand oder gar Rückschritt zu erkennen. Auch die Berichte der Gauleitungen melden gute Ergebnisse ihrer Arbeit. Aber noch sind wir nicht so weit, wie es im Hinblick auf die vor uns liegenden schweren Zeiten notwendig wäre. Da heißt es weiter arbeiten und alle Kräfte fleißig regen. Niemand sollte zur Seite stehen, es geht auch um seine und seiner Familie Zukunft. Wer das Recht hat zur Kritik, hat auch das Recht zur Mitarbeit. Mit Worten wird nichts besser gemacht, nur durch die Tat läßt sich etwas beweisen. Hoffen wir, daß am Schlusse dieses Jahres niemand von uns etwas veräußert hat.

Gautag des Gaues II

Am 27. August fand in Frankfurt a. M. der Gautag statt. Erschienen waren aus 14 Zahlstellen 25 Delegierte und der Gauvorstand. Vom Zentralvorstand war ein Begrüßungstelegramm eingegangen.

Im Auftrag der Zahlstelle Frankfurt a. M. bearbeitete Gauleiter Raab die Erschienenen. In seinem Redeschäftsbericht sagte er, daß die verfehlte Reparationspolitik zu einer immer größeren Verarmung der Volksgemeinschaft führe und als deren Folge die Kaufkraft weiter sinken täglich geringer werde. Aus dieser Erschließung erklärte sich die besondere Not der graphischen Industrie, die für ihre Geistesprodukte mit immer größeren Abfahrtschwierigkeiten zu kämpfen habe.

Organisatorisch hat der Gau nicht unerhebliche Fortschritte gemacht. In Kassel gingen durch Uebergabe an den Buchbinderverband, in Gießen durch Verleinerzeugung größere Bestände an Mitteln verloren. Doch haben sich anderwärts, wie in Mainz, Offenbach, Steinhelm, Frankfurt a. M. usw. größere Zugänge ergeben, so daß am Schlusse der Berichtzeit eine Zunahme von 857 Mitgliedern zu verzeichnen war. In der Tüten- und Beutelindustrie in Oberstadt konnte der Reichstarif bis heute noch nicht durchgesetzt werden. Zu einem nicht geringen Teil trifft die Schuld daran die dortigen Gehilfen. Bei dem Frühjahrsstreik zur Durchführung des Tarifes war ihr Verhalten so, daß sogar der Vorstand der Gehilfen sich mißbilligend äußerte. In Frankfurt a. M. hat der Streik im August die Anerkennung der besonders ungunstigen Lage Frankfurts gebracht. Die Ueberlieferung ist hier nun im Prinzip anerkannt, doch leider mit lächerlichen Beträgen von 60 Mt. bis 128 Mt. je Monat. Am Steindruck wurde 1921 bei einer nur dreitägigen Streikdauer ein wesentlich besserer Erfolg erritten. Beschäftigungsgrad und Entlohnung sind bis zur Stunde am Buchdruck gemessen günstig zu nennen.

Zur eingehenden Information der Gaudelegierten schilderte Kollege Raab den Frankfurter Streik von der ersten Zusammenkunft bis zur Schlussversammlung, die von fünfzigsten Anwesenenden unterbrochen, und dankt zum Schluß den Zahlstellen Hamburg, Hannover, Steinhelm, Mainz, Kassel, Wehrh, Limburg für ihre tatkräftige finanzielle Hilfe, die sie der Frankfurter Volksgemeinschaft haben angedeihen lassen. Aus dem Kassensbericht ergab sich ein wenig erfreulicher Stand der Gautoffen.

In der Konferenz wurde die geleistete Arbeit gewürdigt, dabei aber insbesondere von Wissenschaftler, freient, daß die gewerkschaftliche Zustimmungsarbeit schärfer betonen zu müssen. Auch wies Weber auf die äußerst bedauerliche Lage der Zeitungsgewerbe hin, desgleichen Müller, Meier und Monnes-Dornblatt. Einstimmige Beschlüsse sind nach längerer Debatte, an der sich außer den genannten die Kollegen Benz und Unzer-Offenbach, Franken-Dornblatt und Willmann beteiligten, ein Antrag über die Erhöhung der Beiträge pro Mitglied und darüber auf 2 Mk.

Noch der Mittagspause referierte Gauweiler Kollege Kall über die Arbeitsverträge nicht ohne besonders zu betonen, daß er für eine Neuauflage des Reichstarifes in seiner heutigen Form überaus zu haben ist. Eine Menge Anträge aus den verschiedenen Zirkeln des Bundes lagen zur Berücksichtigung vor. Es zeigte sich auch hier wieder mit großer Klarheit, daß in den Großstädten eine starke Abneigung gegen die rechtserzwingende Bindung besteht. Nach dem Winken der Arbeiterdelegation der verschiedensten am hiesigen Orte anwesenden Industrien erlaubte sich, daß unsere Kollege bis zu 15 Proz. nachhinken. Beispielsweise hat ein Bauhilfsarbeiter 20 Mk. Stundenlohn, ein 20jähriger Bäckergehilfe einen Wochenlohn von 24 1/2 Mk. Ähnlich liegen die Verhältnisse der in Frankfurt a. M. tonangebenden Industrien der Metall- und chemischen Branche mit ihren Tausenden von Arbeitern. Es ist ohne weiteres klar, daß eine kleine Preiserhöhung wie die unsere mit so niedrigen Löhnen in der Arbeiterklasse der zahlreichsten Arbeiterkategorien existenzfähig ist. Unzer-Offenbach wies besonders auf die Schwere der reichstierischen Apparate hin, der es unmöglich mache, die Löhne nach den irdischen Leuerungsverhältnissen anzupassen. Kollege Müller war hoffnungsvoll im Hinblick darauf, daß es möglich sei, die Lohnverhältnisse doch innerhalb des Reichstarifes für den hiesigen Gau einmüßig zu gestalten. Demnach und Kall brachten wesentliche Änderungen im Aufbau des Lohn- und Mantelstarifes in Vorschlag. Nachdem noch die Kollegen Schäfer-Worms und Sacco-Singer gesprochen hatten, wurde eine Reihe von Verbesserungsanträgen dem Zentralvorstand übermittleit. Ferner wurde bestimmt, daß der nächste Gauitag in Frankfurt a. M. stattfinden soll.

Mit Dankesworten an die Delegierten für die sachliche Mitarbeit schloß Kollege Kall um 6 Uhr nachmittags die Tagung.

Arbeitsniederlegung — das letzte Mittel!

Solange es disziplinierte Gewerkschaften gibt, haben diese im Kampfe um die wirtschaftliche Besserstellung ihrer Mitglieder die Lösung setzen lassen, daß der Streit das letzte Mittel im wirtschaftlichen Kampfe sein müsse. Es kann nicht bestritten werden, daß auch heute diese Lösung noch Gemeinut oder Gemeinwohl ist, und daß die Führung der Gewerkschaften im Bewußtsein ihrer großen Verantwortung nach diesem Grundsatz verfährt. Leider haben die Kriegszeit und noch mehr die der Kriegsende folgende Jahre mit ihrem ewigen Durcheinander, mit ihren sich überschneidenden Ereignissen im Wirtschaftsleben und der fortgesetzten Verteuerung aller Lebensbedürfnisse an diesem früher von den Gewerkschaften hoch gehaltenen Grundsatz erheblich gerüttelt — über die Köpfe der Gewerkschaftsführer hinweg, mißachtend der für Zweck und Ziel der Gewerkschaften ganz unentbehrlichen, seitsseitigen Disziplin wird heute hier, morgen dort mit dem Mittel der Arbeitsniederlegung auf das Gefährlichste operiert. Wohl kaum eine Gewerkschaft ist von dieser bedauerlichen Erscheinung verschont geblieben.

Nach zu keiner Zeit ist das Wirtschaftsleben so oft, so nachhaltig und so folgenschwer durch Arbeitsniederlegungen bedroht worden wie heute und seit Jahren. Arbeitsniederlegungen der Landarbeiter, der Eisenbahner usw. gehörten früher zu den Unmöglichkeit. So wenig diesen Gruppen, nur weil die ungenügende Ausübung ihrer Tätigkeit die Lebensmöglichkeit des ganzen Volkes gefährdet, verwendet werden darf, sich eine ihren Lebensbedürfnissen und ihrer Arbeitsleistung entsprechende Position zu erringen, so sehr liegt die Wichtigkeit und Lebensnotwendigkeit ihrer Arbeitsleistung solchen Kreisen des arbeitenden Volkes die

Pflicht auf, der Arbeitsniederlegung aus dem Wege zu gehen, so lange noch nicht jedes Mittel zur Erzielung besserer und berechtigter Lebensbedingungen erschöpft ist. Ich meine, daß heute hierzu unendlich mehr als früher Gelegenheit geboten ist. Wieviel Vermittlungsstellen sind heute gegen früher mehr vorhanden; Organe, die sich wirklich Mühe geben, in den Grenzen der Möglichkeit dem Arbeiter zu helfen. Gewiß werden die Vermittlungsergebnisse und die Schiedssprüche dieser Stellen selten beide Parteien zufriedenstellen können, und der am meisten leidende Teil, und das ist vor allem heute der Arbeiter, wird eine volle Befriedigung seiner Wünsche auch von solchen Vermittlungsstellen nicht erwarten können.

Alle diese nicht voll befriedigenden Ergebnisse solcher Vermittlungsaktionen sind aber doch fast ausschließlich dem Erfolge vorzuziehen, der sich heute aus dem Mittel der Selbsthilfe, dem Streit, ergeben kann. Ich plaudere nicht aus der Schule, wenn ich feststelle, daß diese Tatsache sich auch aus den Ergebnissen unserer bisherigen, leider recht zahlreichen beruflichen Streiks nachweisen läßt. Die mit Zeitigung dieser Arbeitsniederlegung verbundenen späteren Ergebnisse haben in keinem Falle den Verlust wettgemacht, den nur wenige Streikende für Gehilfen und Hilfsarbeiter und ihrer Familie zur Folge hatten.

Zu der Zeit dieser großen Not ist der Erlös der Arbeit nur ein Mittel zum Leben, das Lebensbedürfnis deckt er nicht. Fällt der Arbeitsverdienst aber fort, dann steigt die Not aus höchster, was verloren, kehrt nicht wieder — eine etwa erzielte Besserstellung ist kein Ersatz für den verlorenen Arbeitslohn! Die Pflicht gegen sich selbst, gegen seine Familie, seine Mitarbeiter und gegenüber der Gesamtheit des Volkes muß jeden Arbeiter zwingen, von solchen vererblichen Tun abzulassen. Auf Jahrzehnte hinaus müssen wir alle die uns durch den Krieg und seine Folgen auferlegten schweren Lasten tragen; je fleißiger wir arbeiten und arbeiten können, um so eher können die sich schwere Bürde von unseren Schultern weisen. Vieltaufenthal ist erklärt und zugestanden worden, daß die berechnete Wiedergewinnung der deutschen Volkswirtschaft nur durch emsiges Schaffen aller Hand- und Kopfarbeiter zu erzielen ist. Jeder Streit aber reißt einen Teil des soeben wieder Aufgebauten nieder; nutzlos muß wieder von vorn begonnen werden. Gefährlich ist nicht nur der Arbeiter, sondern auch der Unternehmer und die Gesamtheit des Volkes. Höhere Löhne entsprechend dem sich ergößenden Bedürfnis um so weniger erreicht werden, je mehr durch Arbeitsniederlegung das in einem Unternehmen investierte Kapital geschnitten und schließlich aufgeschwemmt wird.

Wir gehen abseits falsche Wege, wenn wir versuchen, die Not durch möglichst oft wiederholte Arbeitsniederlegungen zu beheben. Früher bedeutete der Streit in einem Gewerbe ein Ereignis; er war der Ausfluß der höchsten Spannung zwischen zwei Interessengruppen. Heute, und das ist für etwaige spätere unvermeidliche wirtschaftliche Kämpfe sehr zu beklagen, sind Streiks so oft an der Tagesordnung, daß sie nicht mehr sprechen und beinahe wie etwas Alltägliches ertragen werden. Dem Streit ist damit die ihm früher innewohnende Ernsthaftigkeit und Schlagkraft genommen worden. Man fürchtet die Waffe nicht mehr, auch wenn sie großen Schaden anrichtet. Der die Waffe führt, kann heute viel weniger als früher die dazu nötige Kraft aufwenden, er muß sie auf jeden Fall vorzeitig beiseite legen. Denn arbeiten heißt heute auch barben; Streit und Arbeitslosigkeit aber heißt Verhungern!

Im Jahre 1904, als der schwere Crimmischauer Weberstreik mit seinem nachfolgenden Weberstreik die deutsche Arbeiterfront und alle sozial denkenden Menschen mit größtem Mitleid erfüllt, versuchte ich angelehnt an die damals bereits vorliegenden Erfolge mit unserer Tarifgemeinschaft das Tarifamt für diese außerberufliche Sache besonders zu interessieren. Die Folge davon war, daß das Tarifamt in einer Eingabe an den Deutschen Reichstag den Volksvertretern empfahl, zur Verhütung solch schwerer wirtschaftlicher Kämpfe dem Tarifgemeinschaftswesen die Wege ganz allgemein zu ebnen. Die Eingabe fiel leider auf harten Boden. Der Tarifgemeinschaftswesen wurde damals von einem ansehnlichen Teil der Arbeiterfront, noch mehr aber von den Unternehmern, hart bekämpft, und insbesondere die letzteren wehrten sich verzweifelt dagegen, daß man ihnen zumute, daselbe zu tun, was im Buchdruckgewerbe als eine Selbstverständlichkeit Eingang gefunden hatte. Aus man-

dem Gausus dieser Tarifgegner ist, allerdings zumeist durch die Not gezwungen, inzwischen ein Paulus geworden. Sag aber heute wie damals in dieser Frage noch auf dem gleichen Wege, und voller Überzeugung und als erster, pflichtgetreuer Arbeiter kann ich meine Mitarbeiter nur bitten: Laßt ab von dieser Schädigung eurer selbst und des Gewerbes, das euch nähren soll und das uns Lebenszwang ist!

Def es sich lohnt, dem Gewerbe seine ganze Kraft, sein ganzes Können zu widmen; daß es eine Lust ist, durch eigenes Können und Schaffen, durch die größte Vollkommenheit der Leistung das Gewerbe auf die höchste Stufe zu stellen — dafür müssen wir alle allerdings ernstlich und rücksichtslos bemüht sein! Unter sittlich reifen Menschen, die begriffen haben, daß einer auf den anderen angewiesen ist, daß Arbeiter und Unternehmer nur winzige Teilchen des großen Volkswirtschaftsbetriebes sind, muß es möglich sein, ohne Kampf, ohne Wunden und ohne Selbstzerfleischung die gegenseitigen Beziehungen und Rechte aus dem Arbeitsvertrage festzulegen und festzuhalten, und aus der gemeinsamen Produktion das zu erringen, was der aufgewandeten Arbeitskraft entspricht, was zum Leben notwendig ist und was das Leben lebenswert macht. Das ist Pflicht und noch einmal: Pflicht aller am Wiederaufbau unseres Vaterlandes Beteiligten; gleichviel welcher Klasse und welcher Partei sie angehören!

Es ist wertlos, über die vielen unnützen Streiks zu kagen, wenn man nicht ernstlich bemüht ist, sie zu vermeiden. Das können und müssen beide Parteien tun. Die Not des deutschen Volkes ist so groß, daß man nicht die richtigen Worte und nicht die Kraft dafür finden kann, um jeden einzelnen mit Possemanstimmung darauf aufmerksam zu machen, daß wir die letzte Stufe des in den Abgrund führenden Weges zu betreten uns ansehnlich! Es ist die höchste Zeit, daß wir uns auf uns selbst besinnen! Falsch wäre es, vor dem uns aufgezwungenen Kampfe um unser Dasein die Waffen zu strecken und anderen die Sorge dafür zu überlassen; das ist feige! Falsch aber auch und verhängnisvoll ist es, vor den Gefahren, an denen wir täglich und stündlich vorübergehen, die Augen zu schließen und unser Tun und Handeln so einzureihen, als ob wir nur allein für uns zu sorgen hätten; das wäre ein Verbrechen! Die Not des Volkes muß vielmehr gemeinsam getragen werden; sich von ihr zu befreien und die zu solcher Gemeinschaftsarbeit gehörigen Mittel und Hilfsmittel herbeizuschaffen, ist Pflicht jedes deutschen Mannes. Darum wollen wir nicht streiken — sondern arbeiten! Das Schwert des Streiks darf erst aus der Scheide fliegen, wenn der Gegner es am auten Willen fehlen läßt, den anderen den ihm aus dieser Gemeinschaftsarbeit von Rechts wegen zustehenden Anteil zu überlassen.

Ein harter Winter steht vor der Tür! Schon heute kostet ein Stück Preßholz etwa 3 Mark. Die schwarzen Diamanten sind aber nicht nur unerträglich im Preise geworden, sondern sie sind auch bereits nicht mehr erreichbar. Es fehlt überall daran. Die meisten von uns wissen noch nicht, woher das unentbehrliche Leuerungsmaterial für den Winter kommen wird. Es fehlt an Rohle zur Aufrechterhaltung der Betriebe, und je näher der Winter kommt, um so mehr wird dieser Mangel an Betriebskraft fühlbar werden. Arbeitslosigkeit und frierende Menschen sind im Gefolge. An all dieser Sorge müssen sich zwei Richtblicke, dieses Dunkel der Zukunft ein wenig hoffnungsvoll zu erhellen: die deutsch-belgischen Verhandlungen und die Zusicherung von Lieferungen im Bergbau! Die Erfüllung der an diese beiden Begebenheiten geknüpften bestehenden Hoffnungen lassen Millionen schwergedrückter Menschen ein wenig aufatmen. Allerdings ging heute durch die Tagespresse die Nachricht, daß mit der Leistung von Lieferungen im Bergbau noch nicht bestimmt zu rechnen sei, und daß insbesondere politische Wirrköpfe am Werke wären, um eine günstige Entscheidung der Bergarbeiter zu verhindern. Ich mag daran nicht glauben. Von einer größeren Kostenförderung hängt heute das ganze Wirtschaftsleben ab; erfolgt sie nicht, bringt der Winter für die deutsche Arbeiterfront unsägliches Elend. Der deutsche Bergarbeiter weiß es, daß von seiner Hände Arbeit Leben und Existenz von Millionen seiner Arbeitsgenossen abhängen; er kann und wird den Nachschrei derselben nicht überhören und wird denjenigen, die ihn an Ausübung dieser Menschlichkeit und Solidarität mit seinen Arbeits- und Volksgenossen hindern wollen, kein Ge-

Zur Geschichte des Schriftgusses und der Druckschriften

Von Th. Wolff-Friedenau.

V. (Nachdruck verboten.)

Auch in der Schweiz war die erste Druckschrift natürlich das Gotische. Der Fleck Bernomünster im Kanton Luzern gilt als der erste Drucker der Schweiz, und der gelehrte Chorherr Elias Eliae, der aus dem Welschschloß von Laufen stammte, soll dort die Buchdruckerkunst, die er von dem Mainzer Schöler Ulrich Gering, demselben, der die schwarze Kunst nach Frankreich brachte, erlernt hatte, heimlich gemacht und als erstes Werk ein Bibelwörterbuch, den sogenannten Mamotrochus, gedruckt haben. Die Jahreszahl dieses ersten schweizerischen Druckwerkes ist 1470. Nur wenig später finden wir die Buchdruckerkunst dann auch in Basel eingeführt, das in der graphischen Entwicklung der Schweiz späterhin eine so glänzende Rolle zu spielen berufen war. Bartholdus de Bassica, ferner Michael Wenster und Friedrich Viel sowie auch Bernhard Nibel, dessen Namen als erster auf den Antikubeln zugleich mit der Jahreszahl erscheint, sind die Buchdrucker der ersten Jahrzehnte der graphischen Kunst in Basel. Berühmter aber ist Johannes Amman, der nach Studien in Paris um das Jahr 1480 in Basel eine Buchdruckerei errichtete und in dieser mit der Herausgabe einer sorgfältigen Ausgabe der Kirchenbücher begann. Alle die genannten Männer machten auch den Schriftguss auf schweizerischem Boden heimlich. Ammerbach war es zuerst, der die Antiqua anwandte, die seitdem in der schweizerischen Graphik gleichberechtigt neben der gotischen Fruchtschrift und späteren Fraktur war, allerdings ohne diese aus geschwunden deutschen Schriften verdrängen zu können, wie es in den romanischen Ländern der Fall war. Die im Jahre 1480 in Basel gegründete Universität sowie die dort

blühende Papiermacherei trugen wesentlich dazu bei, die Buchdruckerkunst gerade in dieser Stadt zu schneller und bedeutender Blüte zu bringen. Aus Ammerbachs Werkstatt ging noch ein anderer, ebenfalls sehr berühmt gewordener Genosse der neuen Kunst hervor, Johannes Froben (1480—1527), der ursprünglich auf der Universität in Basel studiert hatte, dann aber durch die Bekanntschaft mit Ammerbachs bewegte wurde, sich der Buchdruckerkunst zuzuwenden. Nachdem er bei diesem als Korrektor tätig gewesen war, richtete er selbst eine Buchdruckerei, die einen sehr großen Aufschwung nahm, als der berühmte Erasmus von Rotterdam, ein Führer der Gelehrtenschule der Humanisten, nach Basel zog und im Hause Frobens sein Domizil aufschlug. Die Schriften des weltberühmten Gelehrten, die Froben druckte, machten dessen Druckerei weitläufig bekannt und verbreiteten Frobens Ruf als Schriftgößer und Buchdrucker in allen Ländern. Die hervorragendsten Künstler traten in den Dienst Frobens und seiner Druckerzeugnisse, darunter Hans Holbein, der berühmte Maler des „Totentanz“, der die Tiefsinnigen, Randverzierungen und Initialen für die Druckwerke Frobens zeichnete. Gleichzeitig mit Froben wirkte auch Adam Petri als Schriftgößer und Buchdrucker in Basel, der besonders bekannt wurde als Drucker der Schriften Lutthers und damit viel Geld verdiente. Als dritter aus der Anfangszeit des Baseler Buchdruckes ist dann noch Johannes Opörer zu nennen, der eigentlich Herbst hieß, aber seinen Namen latinisiert hatte (1507—1566). Er war in ärmlichsten Verhältnissen geboren und suchte sich trotzdem der wissenschaftlichen Laufbahn zuzuwenden, studierte an verschiedenen Universitäten, ward dann Lehrer in Lugern und lehrte schließlich nach Basel, seinem Geburtsort, zurück, wo er zuerst Professor des Lateinischen und Griechischen an der Universität, dann Korrektor in der Buchdruckerei Frobens ward und schließlich eine eigene Buchdruckerei begründete, die sich vorwiegend mit dem Druck wissenschaftlicher Werke beschäftigte und einen bedeutenden Aufschwung nahm. Er beschäftigte in seiner Offizin über fünfzig Arbeiter und druckte mehr als siebenhundert größere und kleinere Werte, darunter

das Werk des berühmten Arztes und Anatomen Vesalius „De humani corporis fabrica“ sowie auch eine Anzahl eigener Schriften. Die von ihm hergestellten Druckwerke zeichnen sich durch Schönheit und große Korrektheit aus. Nach Basel wurde dann Zürich die bedeutendste Buchdruckerkunst der Schweiz. Allerdings entstand hier erst wesentlich später als in Basel, erst im Beginn des 16. Jahrhunderts, ein Buchdruckgewerbe. Das erste Züricher Druckwerk zeigte die Jahreszahl 1504, ohne daß wir jedoch von dem Drucker dieser Schrift genaueres wüßten. Der erste, der in Zürich Buchdruckerkunst und Druckgewerbe zu hoher Blüte brachte, war Christoph Froschauer, der hier im Jahre 1520 das Bürgerrecht erwarb und eine Druckerei begründete. Er ist besonders als Bibeldrucker berühmt geworden. Im Laufe einer etwa vierzigjährigen Tätigkeit druckte er nicht weniger als 27 vollständige Bibelausgaben, darunter 16 in deutscher und fünf in lateinischer Sprache, ebenso auch zahlreiche Ausgaben des Neuen Testaments. Sein Ruf als Bibeldrucker drang weit über sein Vaterland hinaus, auch aus dem Auslande floßen ihm Aufträge zu, und er war es, der die erste englische Bibel druckte, die im Jahre 1535 aus seiner Offizin hinausging. Zu seinen ersten Druckwerken verwandte Froschner die Antiqua, späterhin ging er zur Fraktur über und ließ eine gute Schwabacher Schrift schneiden und für seine Bibeldrucke Bannetten und Initialen gießen. Auch Froschauer war wie die meisten Vertreter der Buchdruckerkunst aus jener Zeit ein wissenschaftlich gebildeter Mann und stand mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes in enger Beziehung. Nach Froschauers Tode, der selbst unverheiratet geblieben war, ging die Druckerei auf seinen Neffen über und kam nach diesem nacheinander in den Besitz mehrerer Familien, bis sie im Jahre 1765 von Konrad Dress erworben wurde, der damit ein noch heute bestehendes Druck- und Verlagshaus begründete. So hat sich diese hochberühmte Werkstatt aus der ersten Zeit der schweizerischen Schriftgößer- und Buchdruckerkunst durch nahezu ein halbes Jahrtausend hindurch bis auf den heutigen Tag erhalten.

für schenken. Es ist aber Pflicht aller Arbeiter, die diesbezüglichen Bemühungen der Gewerkschaftsverbände zu unterstützen, und diejenigen, welche das Gelingen derselben verhindern wollen, gebührend zurechtzuweisen.

Der deutsche Arbeiter trägt heute mehr als früher die Verantwortung für die Geschichte des deutschen Volkes! Will er regieren helfen, so muß er auch beweisen, daß er das nötige Verständnis und die erforderliche Kraft dafür besitzt. Der Arbeiter muß diesen Platz an regierender Stelle zu erhalten. muß also das Bewußtsein jedes einzelnen Arbeiters sein. Führer ohne Massen sind nichts; darum gilt es, den erwählten Führern an jedem Platz, in der Gewerkschaft so wie in der politischen Organisation, treueste Gefolgschaft zu leisten und ihren Aufruf zum Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens zu folgen und mit Hand und Herz dabei tätig zu sein. Fleißig muß gearbeitet werden — darum stellen wir das Streifen ein!

Berlin. Paul Schliebs.

Gewerkschaftliche Schnapphähne

Der Krieg und seine Folgen haben hauptsächlich die deutsche Arbeiterschaft in eine Situation gebracht, die oft bei einzelnen Gruppen helle Verzweiflung auswirkt. Der verlorene Krieg und in seinem Gefolge der Versälerter Vertrag lassen auf der deutschen Arbeiterschaft mit furchtbarem Druck. Produzenten, Händler und Schieber müssen sich zu erschöpfenden, den Hand- und Kopfarbeiter, der nichts zu verhandeln hat wie seine Arbeitskraft, drückt die Wucht der Verhältnisse zu Boden. Auf der einen Seite Anpassung der Preise für Lebens- und Bedarfsartikel an die Weltmarktkurse, auf der anderen Seite steter Kampf um die Papiermark, die das Existenzminimum des Arbeiters und seiner Familie bestreiten soll. Aber jede neue Lohnerhöhung bedeutet bis jetzt infolge der Geldentwertung eine Verringerung des Einkommens.

Daß diese Verhältnisse in den Reihen der Arbeiter hier und da zu kümmerlichen Aufstößen führen, ist nicht verwunderlich. Es ist sogar zu begrüßen, wenn die Arbeiterschaft zeigt, daß sie sich nicht willenlos in den Abgrund drücken läßt. Leider wird diese schmale Atmosphäre von einzelnen Elementen, die mit dem Kopfe durch die Wand wollen oder an Hirnspinnweben leiden, dazu benutzt, um die Gewerkschaftsmittglieder gegen ihre Führer aufzustacheln. An allem, was nicht befriedigt, sind die Bongen schuld, die mit dieser Zigarre im Munde im Klubbesitz bei dem Unternehmer sitzen und ihre arbeitenden Kollegen verraten. Die ungeheuerlichsten Verleumdungen werden frech ausgestoßen und oft genug von der erregten Arbeiterschaft als Tatsachen aufgenommen. Sogar zu Täuschungen und Bedrohungen greifen diese Panduffeln. In einer Versammlung im arabischen Gewerbe, wo über einen sogenannten wilden Streik diskutiert wurde, ließen sich einige Hundert von 3 bis 4 solcher Babauwörter terrorisieren. Man drohte mit dem Messer, einige Mädchen fielen bei dem ausgetrockneten Tumult in Ohnmacht. Und dabei sind diese Felder Gewerkschaftler seit 1919 oder 1920. Es betragen sich wie die Schweine, die ihre eigenen Jungen fressen.

Was wissen diese Babauwörter von der jahrelangen aufreibenden Arbeit der alten Funktionäre. Was wissen sie von Verantwortungsgesühl, von Abwägen der Verhältnisse, von Schweißarbeit im Gewerbe usw. Das brauchen und wollen sie nicht wissen. Sie schimpfen über jeden, der einen besseren Rat trägt wie sie selber und untergraben dabei die Einigkeit der organisierten Arbeiterschaft.

Kollektivist! Wollen wir auch bei uns den Verfallungsstandpunkt einzelner hochkommen lassen? Haben wir einen einzigen Beweis von wirtschaftlichem Erfolg von selten dieser Gemalmten? Ja — wir haben deren mehrere. Diese Leute haben es oft genug verstanden, ihre Kollegen aufzuklären, um sie dann im Unglück ihrem Schicksal zu überlassen. Wir wollen uns das Recht nicht nehmen lassen, unsere Führer zu kontrollieren und wenn notwendig, ein kräftiges Wort mit ihnen zu reden. Aber der christlichen Verleumdung muß mit härtester Kraft entgegengetreten werden, sonst gehen wir alle dem Abgrund zu. Nehmen wir die Intelligenz unserer Führer für uns in Anspruch, so müssen wir auch getreulich ihre menschlichen Fehler in Kauf nehmen, ohne sie deswegen gleich aufhängen zu wollen. Ohne Vertrauen auf beiden Seiten ist kein Erfolg zu erwarten.

Leben wir also Selbstmord, so wird es uns auch gelingen, trotz widriger Verhältnisse wieder hochzukommen. Nicht demoralisieren wollen wir, sondern aufbauen.

Adam Müller, Mainz.

Das Existenzminimum im August 1922

Von Dr. N. Kuczynski.

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin im August im reichlich zwei Drittel höher als im Juli. 2 1/2 mal so hoch wie im Juni. 5 mal so hoch wie im Januar—Februar und annähernd 5 mal so hoch wie im August 1921. Rationiertes Brot kostete 5 mal so viel wie vor einem Jahre, Kartoffeln und Milch 5 mal so viel, Britetts und Gas 5 mal so viel, Haferflocken, Reis 5 mal so viel, Speck, Salzheringe, Margarine 5 mal so viel, Erbsen 10 mal so viel, Speisebohnen 11 mal so viel, Zucker 12 mal so viel. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete, wesentlich stärker für Bekleidung.)

Rationiertes Brot kostete 54 mal so viel wie vor neun Jahren. Gas 6 mal so viel, Milch 83 mal so viel, Britetts 92 mal so viel, Kartoffeln 132 mal so viel, Margarine 141 mal so viel, Brot im freien Handel 145 mal so viel, Reis 155 mal so viel, Zucker und Speck 200 mal so viel.

Wäffert man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1800 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und bedeckt man sich bei der Deckung dieses Bedarfs soweit als möglich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 146 Mt., für eine Frau auf 333 Mt., für einen Mann auf 467 Mt. (Die gleichen Nahrungsmittelmengen kosteten im August 1919 für ein Kind 1,40 Mt., für eine Frau 2,90 Mt., für einen Mann 3,78 Mt. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor neun Jahren billiger,

welch z. B. billiger Zucker damals in unbegrenzten Mengen zur Verfügung stand. Im Einklang mit der Berichterstattung für die Bormante werden hier für die Borkriegszeit angeführt: Kind 1,75 Mt., Frau 2,80 Mt., Mann 3,50 Mt.)

	Preis August 1922 Mt.	Preis August 1922 Mt.
1940 Gramm Brot (rationiert)	25,95	48
250 " Roggenmehl	10,45	7
250 " Graupen	12,10	10
3250 " Kartoffeln	25,60	20
125 " Margarine	28,15	20
250 " Zucker	24,30	23
250 "	19,10	12
1 Liter Milch	19,10	12
Zusammen für ein 6—10j. Kind	145,05	140
500 Gramm Brot (fr. Handel)	17,40	12
250 " Haferflocken	14,60	13
250 " Speisebohnen	13,50	10
500 " Kartoffeln	3,95	3
250 " Büchsenfleisch	53,00	56
125 " Speck	45,00	23
250 " Salzheringe	11,60	13
125 " Margarine	28,15	20
Zusammen für eine Frau	332,85	290
500 Gramm Reis	34,20	22
250 " Erbsen	14,70	10
125 " Speck	45,00	23
250 " Salzheringe	11,60	13
125 " Margarine	28,15	20
Zusammen für einen Mann	466,50	378

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Britetts und für Beleuchtung 6 Kubimeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 16 Mt. (1913/14: 5,50 Mt.), für Heizung 106,10 Mt. (1,15 Mt.), für Beleuchtung 48 Mt. (0,75 Mt.).

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 495 Mt. (2,50 Mt.), Frau 290 Mt. (1,65 Mt.), Kind 145 Mt. (0,85 Mt.).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäschereinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 30 Proz. (1913/14: 25 Proz.) machen müssen. Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann Mt.	Ehepaar Mt.	Ehepaar mit 3 Kindern Mt.
Ernährung	467	799	1091
Wohnung	16	16	16
Heizung u. Beleuchtung	154	154	154
Bekleidung	435	725	1015
Sonstiges	321	509	682
August 1922	1393	2209	2953
Juli 1922	829	1298	1763
Juni 1922	579	887	1195
August 1921	165	251	339
August 1920	144	216	308
Aug. 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst im August 1922 für einen alleinlebenden Mann 232 Mt., für ein kinderloses Ehepaar 367 Mt., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 493 Mt. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 72 650 Mt., für das kinderlose Ehepaar 114 900 Mt., für das Ehepaar mit zwei Kindern 154 350 Mt.

Vom letzten Borkriegsjahr bis zum August 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 1393 Mt., d. h. auf das 83.fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 2203 Mt., d. h. auf das 98,8fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 2953 Mt., d. h. auf das 102,7fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im August etwa 1 Pf. wert.

Ein kommunistischer Reichsbetriebsräte-Kongreß?

Zu dem jüngsten Wandler der Moskauer Weltbeglückter, einen Kongreß der Betriebsräte Deutschlands zu veranstalten, um Angestellte und Arbeiter kommunistischen Zwecken dienlich zu machen, legen wir im „Korrespondenzblatt“: „Die „Rote Fahne“ veröffentlicht am 31. August einen Aufruf zur Vorbereitung und Organisation eines Reichsbetriebsräte-Kongresses in spätestens vier Wochen, in dem das Verlangen an Gewerkschaftsverhebung und Gegenorganisation geäußert wird, was wir seither von jener Seite erleben mußten. Die Arbeiter werden darin aufgerufen, ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, da die Gewerkschaftsführer nicht daran dächten, ihre eigenen Beschlüsse durchzuführen, sondern mit der Reichsregierung um Beteiligungen verhandeln und freundschaftlich mit den Kapitalisten verkehren. Eine angebliche Volkversammlung der Betriebsräte Groß-Berlins wende sich an die Arbeiterschaft mit der Aufforderung, Kontrollauschüsse zu bilden, die Preise zu reorganisieren, die Produktion zu überwachen und das ganze Wirtschaftsleben des Reiches zu kontrollieren. Die Betriebsräte sollen das Recht und Geschäftsvermögen durchbrechen, mit ihren Organen in den Apparat der Stadtverwaltungen und Länder einbringen, die Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel, Bekleidung, Textil- und Lederwaren, Kohlen und Wohnungen überwachen, durch die Eisenbahnbetriebsräte alles, was in die Städte eingefahren wird, kontrollieren und die Luxusproduktion sühnen sowie die Schlemmergaststätten schließen. Die Betriebsrätevolkversammlung habe aber so wenig Zutragen zur Tatkraft der Spitzenverbände, daß sie selbst einen Ausschuss von 15 Personen eingesetzt und beauftragt habe, sich mit eben solchen Ausschüssen im Reich in Verbindung zu setzen und in spätestens vier Wochen einen Reichsbetriebsräte-Kongreß zu organisieren, zu dem die Delegierten durch Urwahlen aus den Betrieben hervorgerufen sollen. Der Kongreß soll auch gegen den Willen der Instanzen einberufen werden und die Gewerkschaftsführer sollen gezwungen werden, ihren Beauftragten, den Betriebsräten, Rede und Antwort zu stehen.

Die angebliche Volkversammlung der Groß-Berliner Betriebsräte war nichts weiter als eine unkontrollierbare Zusammenkunft von einigen tausend Personen, deren Betriebsräteeigenschaft durchaus unbegreifbar ist. Die große Mehrzahl der Betriebe, darunter die größten und wichtigsten Betriebe Groß-Berlins, waren völlig unvertreten. Diese kommunistische Versammlung, die überdies nicht von der zuständigen Betriebsrätezentrale einberufen war, hatte kein Recht, namens der Betriebsräte Groß-Berlins Beschlüsse zu fassen und Einrichtungen einzusetzen. Am wenigsten ist sie befugt, einen Reichsbetriebsräte-Kongreß einzuberufen, wofür allein die Gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale und der Vorstand des DGB, zuständig sind. Hinter der angeblichen Volkversammlung der Berliner Betriebsräte steht nichts anderes als die Zentrale der kommunistischen Partei, die die gegenwärtige Teuerungslage benutzen will, um wieder einmal ihr Räteprogramm zu verwirklichen. Ihre Parolen sind sämtlich darauf gerichtet, die Gewerkschaftsleitungen durch eine direkte Aktion aufgeweckter Betriebsräte zu stürzen und eine Räte-republik durchzusetzen, die den kommunistischen Zwecken entspricht.

Zugleich haben die Kommunisten in Berlin eine Reihe von Industriearbeiter-Kongressen veranstaltet, in denen die Aufgaben der Industriearbeiter und die Stellungnahme zu einer Reichsgewerkschaftskonferenz erörtert wurde. Daß sich diese Vorbereitungen und Veranstaltungen nicht zuletzt gegen die Gewerkschaften selbst, ihre einheitliche Organisation und ihre Aktionen richten, darüber kann in allen Kreisen verantwortungsbehafteter Gewerkschaftler kein Zweifel bestehen. Alle Angriffe auf die Gewerkschaftsinstanzen vermögen darüber nicht hinwegzutäuschen, daß den Kommunisten der wenig aussichtsreiche Kampf in den Gewerkschaften um die Macht nicht mehr genügt und daß sie es vorziehen, den Kampf nunmehr auch noch von außen durch Sonderkongresse und Sonderaktionen zu führen.

Es bedarf nur der Feststellung dieser Tatsache, um der deutschen Arbeiterschaft darüber die Augen zu öffnen, was sie von der Unterfückung solcher Bestrebungen zu erwarten hätte. Die Gewerkschaften stehen in einem harten und zähen Kampf gegen die Teuerung. Sie müssen ihre gesamten Kräfte aufbieten, um die schlimmsten katastrophalen Wirkungen von der Arbeiterschaft abzuhalten. Wer ihnen in dieser Situation durch Sonderaktionen, Gegenparolen und Veranstaltungen von Sonderkongressen oder Beteiligung hieran in den Rücken fällt, der schädigt die Gewerkschaftsbewegung und hat damit zu rechnen, daß er als Schädling angesehen und behandelt wird.

Der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hat selbst, ohne das Drängen von kommunistischer Seite abzuwarten, Maßnahmen zur Binderung der Teuerung und zur wirtschaftlichen Bekämpfung vorgeschlagen und mit der Regierung über deren Durchführung beraten. Den Gewerkschaftsmittgliedern wird der Erfolg dieser Schritte auf dem kürzesten Wege durch Veröffentlichung in der Presse zur Kenntnis gebracht. Es bedarf dazu nicht des Umweges über kommunistische Ausschüsse und Veranstaltungen. Ueberbes ist der Bundesvorstand nur dem Gewerkschafts-Kongreß und dem Bundesausschuß Rede und Antwort schuldig, nicht aber neuen Instanzen, die kommunistischen Parolen folgen und deren Falschheit schon eine Verletzung der Beschlüsse der Gewerkschaftskongresse bedeutet.

In diesen Tagen, da Schweres auf der deutschen Bevölkerung und insbesondere auf der Arbeiterklasse lastet, muß volle Einigkeit in den Gewerkschaften über Verteidigung der ohnehin dürftigen Lebensmöglichkeiten bestehen. Wenn hier Unfrieden und Zerstückung in unsere Reihen getragen wird, dann ist jeder Widerstand nutzlos und unser Volk der Verelendung und Verfallung überliefert. Weil aber alles auf dem Spiele steht, was wir bisher errungen haben, deshalb muß auch darüber volle Klarheit geschaffen werden, daß es in diesem Kampfe nur ein Hüben und Drüben geben kann.

Wenn die kommunistischen Parteibestrebungen höher stehen als der erfolgreiche Kampf unserer Gewerkschaften, der wird die Konsequenzen seiner Handlungen auf sich nehmen müssen.

Für die Mitglieder unseres Verbandes besteht bekanntlich der vom Beirat und Vorstand gefasste Beschluß, nach dem die oben geschilderte kommunistische „Tätigkeit“ den Grundrissen des Verbandes zuwiderläuft und als gewerkschaftsschädliche Handlung angesehen wird. In Ausführung dieses Beschlusses hat der Verbandsvorstand seinerzeit beschlossen und in einer Bekanntmachung Nr. 3 der „Sozialarbeit“ vom 29. Januar 1921 den Mitgliedern davon Kenntnis gegeben, daß „Verbandsmitglieder, Funktionäre und Angestellte des Verbandes, die zur Durchführung kommunistischer Ziele Versammlungen im Verbande einberufen, Geldsammlungen veranstalten, an Romareisen und Besprechungen der kommunistischen Gewerkschaftsaktion teilnehmen und sich dort zur Durchführung von Beschlüssen verpflichten, die die Geschlossenheit des Verbandes zu schaden geeignet sind, aus dem Verbande ausgeschlossen werden“. Dieser Beschluß mußte vom Verbandsvorstand auch gegen diejenigen Mitglieder angewendet werden, die an einem kommunistischen Betriebsräte-Kongreß teilnehmen würden. Kein Beschluß irgendeiner politischen Partei darf für Verbandsmitglieder verbindlich sein, wenn er sich in gewerkschaftliche Angelegenheiten einmischt. Wir glauben, die Kollegen und Kolleginnen noch einmal auf die Folgen aufmerksam machen zu müssen, die für sie entstehen, wenn sie dem Aufruf des kommunistischen Blattes nachkommen.

Aus unserer Bewegung im Steindruck-gewerbe

Bei der am 30. August mit den Steindruckfirmen Christian Scholz und B. Schott Eöhne geschlossenen Lohnverhandlung wurde folgendes vereinbart: Bei der ab 19. August erfolgten und bei künftigen Lohnveränderungen erhält das Hilfspersonal von den Teuerungszulagen der Gehältern einen proportionalen Anteil und zwar wie folgt: Hilfsarbeiter und Steinsetzer bis zu 16 Jahren 30 Proz., bis zu

17 Jahren 50 Proz., bis zu 20 Jahren 70 Proz., bis zu 22 Jahren 80 Proz., bis zu 24 Jahren 85 Proz., über 24 Jahre 89 Proz. Die Lohnverhältnisse eines arbeitenden Gehilfen über 24 Jahre im Vergleich mit 55 Proz. der Lohnverhältnisse eines arbeitenden Gehilfen über 24 Jahre. Die Lohnverhältnisse eines arbeitenden Gehilfen über 24 Jahre im Vergleich mit 55 Proz. der Lohnverhältnisse eines arbeitenden Gehilfen über 24 Jahre. Die Lohnverhältnisse eines arbeitenden Gehilfen über 24 Jahre im Vergleich mit 55 Proz. der Lohnverhältnisse eines arbeitenden Gehilfen über 24 Jahre.

Aus unseren Zahlstellen

Amberg. Unsere Mitgliederversammlung, die am 27. August stattfand und einen vollständigen Besuch aufwies, befasste sich in der Hauptsache mit Wiederanordnungsarbeiten zum Zweck der im Buchdruckgewerbe. An der zentralen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse soll auch weiterhin gearbeitet werden. Die Beschlüsse eines Teiles der Versammlung, die die kleineren Druckorte besonders auszusprechen hatten zu erfüllen, müssen durch einen entscheidenden Teil unserer Vertreter vereidigt werden. Wir vernehmen nicht die Schwierigkeiten, mit denen ein Teil der Herren Druckmeister zu rechnen hat, doch haben sich diese Herren schon längst in die gleiche Lage der Arbeiterschaft hineingeworfen. Auch in Metzgerien mit industriellen Material, was auch bei uns zutrifft, ist infolge der großen Preissteigerung an Lebensmitteln und Bedarfsartikeln die Teuerung und der Mangel nicht wesentlich geringer wie in den Großstädten. Die Verhältnisse über die Herausgabe von Kopien an Stelle der kleinen Probenzettelungen durch einen anstehenden Betrag sollten wohl als Druckmittel auf die Druckstellen wirken. Wir lassen uns auch durch solche Dinge nicht von der Wahrheit unserer berechtigten Interessen ablenken.

Cheumnitz. Eine am 29. August sehr gut besuchte Mitgliederversammlung nahm zunächst einen Vortrag über: „Die erforderliche Abmilderung des Reichstaxtarifs für das Buch- und Verlagspersonal seitens der Prinzipale und unsere Stellung hierzu“ von unserem Gauleiter Kollegen Franz Herrmann-Dresden entgegen. Kollege Herrmann verstand es, in recht klarer und leichtverständlicher Art der Versammlung die Entwicklung sowie Vorteile und Nachteile des Tarifes zu schildern. Durch Beispiele konnte er nachweisen, daß nicht nur Klein-, sondern auch Großstädte vom Tarif Vorteile gehabt haben. Für Chemnitz trifft das ebenfalls zu. Ein Vortrag erbeutete mit dem Apell an die Versammlung, die Kollegenchaft müsse zum Ausdruck bringen, welche Entschlüsse sie einem Tarif gegenüber einzunehmen. Der Vortrag fand bestmögliche Aufnahme. In einer kurzen Ansprache kam zum Ausdruck, daß die Versammlung im Prinzip damit einverstanden ist, daß wir am Reichstaxtarif festhalten. Aber es kann ganz entschieden zum Ausdruck, daß Veränderungen vorgenommen werden müssen. Unklare Bestimmungen, die kaufmännisch angelegt wurden, müssen beseitigt und durch einmündige bestmögliche Bestimmungen ergänzt werden. Betreffs der Entlohnung müssen auch die Jugendlichen unter 16 Jahren durch den Tarif mit erfasst werden. Da sich die Wiederanordnungsarbeiten von Chemnitz mit denen von Dresden in der Hauptsache decken, so wurden diese Anträge, die in Dresden in einer Mitgliederversammlung angenommen worden sind und von Herrmann vorgelesen wurden, zu den Unterlagen gemacht und von der Versammlung einstimmig angenommen. Da der Tarif für diesen Abend noch anderweitig verwendet war, konnte man sich mit Verhandlungsangelegenheiten nicht befassen. Mit einem Appell an die Versammlung und im Besonderen an die Unterfunktionäre und Funktionäre, in der jetzt so unüberwindlichen ersten Situation ihre Pflichten ernst recht erfüllen zu wollen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Am 21. August tagte im Volkshaus eine stark besuchte Mitgliederversammlung. Kollege Herrmann referierte über den Reichstaxtarif und legte die eigentlichen Gründe dar, welche den Prinzipalstelle zur Umkehrung zuzuführen haben. Er kritisierte die einseitige tariflose Zeit und wies auf die Bedeutung des Reichstaxtarifs hin. Die Antipositiv veränderten Kollegen gegen das Tarifsystem ist nicht beabsichtigt. Der Umwille, welcher über die Lohnunterschiede zwischen Ober- und Unterfunktionären besteht, ist eine Auswirkung der bedeutenden Lohnunterschiede, worunter die gesamte Arbeiterchaft leidet. Es ist unter allen Umständen Aufgabe der Arbeiterchaft, an dem Bestehenden festzuhalten und es zu verbessern. Auf die Gefahren der kommenden Zeit aufmerksam machend, wünschte er am Schluß seiner Ausführungen eine klare sachliche Stellungnahme zur Tariffrage. Gemündete Debattierender äußerten sich im Laufe des Vortrages und waren für Erneuerung und Beibehaltung des Reichstaxtarifs. Die Versammelten beauftragten in einer angenommenen Entschließung den Verbandsvorstand, mit den diesbezüglichen Instanzen der Prinzipalstelle Verbindung zu treten. Die Zustimmung über den Antrag zur Tarifveränderung erobte die Annahme gegen wenige Stimmen. Dem Vorstand übergebene begründete der Vorstands, warum nicht schon früher zur Förderung einer Aufhebung der Stellung genommen wurde. Die Versammlung genehmigte mit der Zustimmung die Fortsetzung der Verhandlungen, welche alles weitere veranlassen soll.

Hierauf gab Kollege Herrmann die neuen Lohnzulagen für Buch-, Stein- und Lithdruck sowie auch die Ergänzungen der Steinbruderentlohnung bekannt, woran auch das Hilfspersonal laut Tarifabkommen prozentualen Anteil hat. Unter Gewerkschaftlichem wurde das ungerichtete Beitragsenthalten durch Keilens Wähler kritisiert und der Hauptvorwand der Kurzsichtigkeit gezeigelt. Die höhere Beitragsleistung der männlichen Mitglieder ist zu spät zur Einführung gelangt, dadurch wird Unbilligkeit unter den weiblichen Mitgliedern hervorgerufen und der Hauptkassengehen einkaufsnotwendige Einnahmen verloren. Einer weiteren Kritik unterzieht Kollege Ungrube die einseitige Stellungnahme des Hauptvorstandes auf dem Gewerkschaftstages und den Verbandstagen bezüglich der Schaffung des Industrieverbandes und wünscht, daß andere Schritte unternommen werden. Am Schluß verurteilten Kolll. Franz und Böhler den Antidifferenzialismus der Kollegenchaft. Redner sowie Kolll. Herrmann erörtern durch verschiedene Beispiele den Beweis, wie praktische Erziehungsarbeit geleistet werden kann. Nach Erledigung einer internen Angelegenheit bei der Firma Krey und Sommerland fand die Versammlung ihr Ende.

Frankfurt a. M. In der Mitgliederversammlung vom 28. August gab Kollege Kell in kurzer und doch klarer Darstellung ein Bild des Frankfurter Streiks von der ersten Zusammenkunft bis zum Abschluß der Bewegung. Er führte dabei unter anderem aus, daß das Ergebnis, materiell gesehen, sehr mäßig sei, doch dürfe man nicht vergessen, daß die langwierige Sonderstellung Frankfurts nunmehr im Prinzip erreicht sei. Leider treten auch hier wieder die Preissteigerungen in Erscheinung, ein Umstand, der nach Kall in der Minderzahl der Gehilfenmitglieder, der nach Berlin entsandten Frankfurter Streikkommission, gegenüber den Interessen des Hilfspersonals seine Ursachen hat. Kall meinte weiter, daß man aus den Erfahrungen zwar lernen müsse. Jetzt gelte es vor allen Dingen, den Bild nach vorwärts zu rücken. Schwächen, die sich gezeigt haben, müssten beseitigt werden. Je geschlossener unsere Front sei, desto sicherer sei der Sieg. Ansprechend dem Vorschlag des Redners wurde beschlossen, ab 4. September den wöchentlichen Beitrag auf 21 Mk. zu erhöhen. Der Antrag, der mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde, legt bereites Zeugnis ab von dem entschlossenen Willen unserer Kollegenchaft, ihren berechtigten Wünschen trotz aller Härtnäquigkeit des Frankfurter Unternehmertums Anerkennung zu schaffen. In der Frage des Erscheinens oder Nichterscheinens der Tageszeitungen sprachen die Kollegen Geipel, Paultz und Weiser, wobei leider wiederum festgestellt werden muß, daß der betriebswirtschaftliche Standpunkt den rein gewerkschaftlichen noch sehr in den Hintergrund drängt. Ueber sonstige Fragen der Streitaktivi ließ sich Kollege Hüttig in einer etwas langgezogenen Rede aus. Wie zum Schluß dem Vorstand mitgeteilt wurde, haben die Zahlstellen Hanau, Hamburg und Mainz in vorbildlicher Weise die hiesige Drückstellung durch Ueberweisung namhafter Beträge während der Streittage unterstützt.

Geza. Infolge beabsichtigten Lohnabbaus von nur etwa 80 Mark wöchentlich bei weiblichen Personen legten die Hilfspersonale der Vereinigten Kunsthandwerker und von Gerth u. Oppenrieder geschlossen die Arbeit nieder. Weitere Betreue dürfen folgen.

Leipzig. Am 28. August erstattete Kollege Weyer in einer gut besuchten Versammlung Bericht über die am 24. August stattgefundenen Lohnverhandlungen für das Steinbruderentlohnungspersonal, dabei hervorhebend, daß die Zulagen beim Abschluß wohl einigermaßen annehmbar erschienen, aber durch die immer mehr einschneidende Teuerung bereits wieder überholt sind. Nach Bekanntgabe des Resultats betonte er, daß diesmal die Kommission ihr Hauptgewicht darauf gelegt habe, für alle Verheirateten, gleichviel welchen Alters, die volle Gehilfenzulage zu erhalten, was auch erreicht wurde und daß weiterhin die Angehörigen besser bedacht werden müßten. Der bestandene Lohnunterschied zwischen Buch- und Steinbruderentlohnungen ist nicht nur behoben, sondern letztere erhalten noch einige Mark mehr pro Woche als die im Buchdruck beschäftigten Angehörigen. Er empfahl, das vorgetragene Abkommen in ruhiger, sachlicher Form zu diskutieren. In der Aussprache wurden von mehreren Rednern verlangt, das Abkommen abzulehnen. Kollege Weyer wendet sich dagegen und betont, daß ein Kampf in der jetzigen Situation nicht angebracht sei. In einer vom Kollegen Ziele eingetragenen und angenommenen Entschließung wurden die bewilligten Teuerungszulagen für völlig unzureichend und nicht den Verhältnissen entsprechend erklärt und die Zulagen unter Protest angenommen.

Leipzig. Mitgliederversammlung am 28. August. Zur Tagesordnung stand die Beratung der neuen Anträge zum Reichstaxtarif für das Buchdruckgewerbe und der Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Die vom Vorstand und den Funktionären bereits durchberatene Antragsurkunde wurde nach eingehenden Worten des Vorstehenden der Versammlung vorgelegt. In der Aussprache zeigte sich ein lebhaftes Interesse der Mitglieder. Durch Zusatze wurde die Vorlage des Vorstandes noch ergänzt. Allen Anträgen stimmte die Versammlung fast einstimmig zu. Dann ging Kollege Weyer in kurzen Ausführungen auf das neue Lohnabkommen ein und meinte, obwohl das Ergebnis nicht befriedigend könnte, hätten unsere Verhandler ihr Möglichstes getan. Er hoffte, daß die für Mitte September angelegten neuen Verhandlungen ein anderes Resultat zeitigen mögen. Infolge der vorgehenden Zeit wurde von eingehender Diskussion Abstand genommen. Die Versammelten waren sich aber einig darin, daß bei wiederholtem ungenügendem Entgegenkommen der Prinzipale die Hilfsarbeiter nicht mehr in der Lage sind, derartigen Abkommen ihre Zustimmung zu geben.

Potsdam. Am 27. August 1922 fand eine gut besuchte Versammlung statt. Kolll. Schabrod gab bekannt, daß der Reichstaxtarif von Prinzipalseite gefündigt worden ist, um sicherliche Verschlechterungen im Tarifverhältnis herbeizuführen. Nach längerer lebhafter Debatte fand ein Antrag von Kolll. Wollenbaur Annahme, in dem zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Kollegenchaft der Zahlstelle Potsdam es ablehnt, gemeinsam mit der Gehilfenorganisation zu verhandeln. Kolll. Schabrod hatte Bedenken dagegen und wies darauf hin, daß mancher Abschluß ohne Unterstützung

der Gehilfenorganisation für uns Hilfsarbeiter nicht zusehends gekommen wäre; gewiß hat das Interesse der Gehilfen für uns Hilfsarbeiter an vielen Orten gezeigt, doch sei dies noch kein Grund, ohne Gehilfenorganisation verwärts zu gehen. Für den Reichstaxtarif stellt die Zahlstelle Potsdam verschiedene Anträge. Kolll. Schabrod ließ die anwesenden Mitglieder nicht darüber im Zweifel, daß ein neuer Tarifabschluß nur unter großen Schwierigkeiten zustande kommen wird, und ersuchte zu einmütigen Zusammenstehen. Er richtete das dringende Ersuchen an die Kollegenchaft, nicht nur zahlende Mitglieder des Verbandes zu sein, sondern auch tatkräftig den Verband zu unterstützen und die Versammlungen regelmäßig zu besuchen.

Zur Wahl eines Beiratsmitgliedes wurden als Kandidaten Kolll. Wollenbaur und Schabrod aufgestellt.

Unter Verschiedenem gab Kolll. Schabrod einen kurzen Ueberblick über die letzten Lohnverhandlungen; ferner gab er bekannt, daß ab 4. September eine neue Beitragsklasse in Kraft tritt.

Abrechnungen

Abrechnungen für das zweite Quartal 1922 haben eingelangt:

Gau IV. Augsburg 18 075,40 Mk., Dieffen 814,60 Mk., Freising 919,90 Mk., Kaufbeuren 5270 Mk., Kempten 5334,95 Mk., Landshut 1627,85 Mk., München 91 918,85 Mk., Würzburg 743 Mk., Passau 310,05 Mk., Regensburg 6598 Mk., Rosenheim 609,35 Mk., Einzelzahler 760,25 Mk. Heinrich Bodahl.

Eingegangene Druckschriften

Gemeindepostamt, Erdbeerungen zum Götter Programm, Bon Dant Str. 1029, S. 8, 24. Dieb Nachf. und Buchhandlung Postwitz, Berlin. Preis 7,50 Mk.

Anzeigen

Vorwärtskommen Sprachkennnisse

Können Sie heute schnell u. sicher, wenn Sie sich sofort Sprachkennnisse erwerben. Alle Angehörigen denken darauf hin, daß Deutschland in nicht allzuferner Zeit daran gehen wird, seine wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Auslande in größerem Maße auszubauen. Dazu sind Sprachkennnisse in allen Verufen in großer Anzahl erforderlich. Nutzen Sie also die günstige Gelegenheit aus, lernen Sie dafür, daß dieser Ausbau auch Ihnen Vorteil bringt. Lernen Sie rechtzeitig fremde Sprachen. — Unsere weltberühmte Methode

monatlich nur 150 Mark

(Preis selbstleidend) Vorwissen oder bessere Schulbildung sind nicht erforderlich. Das Studium nach unserer Methode ist eine interessante, Ihre Bildung ungemein fördernde Beschäftigung für Ihre freien Stunden. Bedenken Sie, daß Sie für diesen geringfügigen Betrag, der Sie gewiß für einen einzigen Theaterbesuch ausgeben, Kenntnisse erwerben, die für Ihre Vorwärtskommen von unermesslichem Werte sind.



Prof. G. Langenscheidt

Langenscheidtsche Verlagshandlung (Prof. G. Langenscheidt), Berlin - Schöneberg, Bahndstr. 29-30 (Geogründet 1858) Auf vorbestehendem Wissen nur die gewünschte Sprache und Adresse genau angeben und in offener Briefumschlag frankieren als „Prof. G. Langenscheidt“ einbinden. Wenn weitere Wünsche gemacht werden, nur als bezeichnender Brief zulässig. Sprache: Lateinisch, Griechisch und ohne Verbindlichkeit. 100) Name: _____ Woch: _____ Ort u. Str.: _____

Unserer lieben Kollegin Katharina Steeger, in Firma R. M. Richter, und ihrem lieben Mann die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Würzburg. Unserer lieben Kollegin Katharina Wilhelm und ihrem Bräutigam die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Mitglieder der Zahlstelle Wiesbaden.